

Ressort: Politik

EU-Kommission fordert mehr Zurückhaltung bei Staatsbürgerschaften

Brüssel, 07.08.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die Europäische Kommission fordert von den EU-Ländern deutlich mehr Zurückhaltung bei der Vergabe von Staatsbürgerschaften an Angehörige aus Drittstaaten. "Die EU-Kommission betrachtet die Entwicklung bei den so genannten Goldenen Reisepässen mit großer Sorge", sagte die zuständige EU-Justizkommissarin Vera Jourova der "Welt".

Die Kommissarin kündigte für diesen Herbst die Veröffentlichung neuer Richtlinien bei der Vergabe von EU-Pässen an. "Aus unserer Sicht werden die Staatsbürgerschaften teilweise leider auch an Bürger aus Drittstaaten vergeben, die keine echte, sondern nur eine konstruierte Verbindung zu dem jeweiligen EU-Land haben und die dort auch nicht ein Jahr lang durchgehend leben, so wie es die EU-Kommission gefordert hat. Hinzu kommt, dass die Vergabe von Staatsbürgerschaften ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko darstellt, weil die Empfänger damit alle Rechte von EU-Bürgern erhalten und sich in der gesamten Union frei bewegen können. Wir wollen keine trojanischen Pferde in der Union." Jourova kritisierte in diesem Zusammenhang auch, dass einige EU-Staaten "die Untersuchung und Bearbeitung der Anträge auf eine Staatsbürgerschaft vollständig an private Agenturen vergeben." Hintergrund: Zahlreiche EU-Staaten wie Zypern, Malta, Litauen aber auch Österreich, Portugal und Griechenland, vergeben regelmäßig langfristige Aufenthaltsvisa (Golden Visa) oder Staatsbürgerschaften (Golden Passports) an Personen aus Drittstaaten (z.B. China, Russland, ehemalige Sowjetrepubliken, Türkei, afrikanische Staaten) die in ihrem Land größere Summen investieren oder teure Immobilien erwerben. Die Kommissarin aus der Tschechischen Republik verlangte von den Mitgliedstaaten, "mehr dafür zu tun, dass die Staatsbürgerschaften nicht an Kriminelle verliehen werden, die die Sicherheit Europas gefährden oder Geldwäsche betreiben wollen". Jourova sagte weiter: "Die EU darf nicht zu einem sicheren Hafen für Kriminelle, Korruption und schmutziges Geld werden." Darum sei jedes EU-Land aufgefordert "intensiver als bisher zu prüfen", welche Personen die Staatsbürgerschaft beantragen, wo sie herkommen und aus welchen Quellen ihr Geld stammt. Jourova kündigte an, die EU-Kommission werde jetzt die Praxis bei der Vergabe von Staatsbürgerschaften in jedem einzelnen Land detailliert untersuchen: "Wir werden einen Bericht erstellen, um Probleme zu benennen und neue, verschärfte Richtlinien herauszugeben. Wir werden so konsequent und fordernd sein wie irgend möglich." der Bericht sei für diesen Herbst geplant. Man werde ein System vorschlagen, so die EU-Justizkommissarin weiter, dass mehr Verantwortung für die EU-Länder bedeute: "Sie müssen garantieren, dass die Menschen, denen die Staatsbürgerschaft verliehen wird, Europa keinen Schaden zufügen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-109853/eu-kommission-fordert-mehr-zurueckhaltung-bei-staatsbuergerschaften.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com